

**Quelle** Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. 09. 2009  
**Seite** 17  
**Ressort** Wirtschaft  
**Seitentitel** Wirtschaft  
**Serientitel** Fragen an ...

Was auf die Arbeitnehmer zukommt: Fragen an Berthold Huber und Martin Kannegiesser

## "Massenentlassungen wären eine Lumperei"

Der Vorsitzende der IG Metall setzt weiter auf Kurzarbeit und will mit Schwarz-Gelb kooperieren

Herr Huber, Sie haben eindringlich vor Schwarz-Gelb gewarnt. Welche Einschnitte in der Arbeits- und Sozialpolitik befürchten Sie nun?

Die FDP beabsichtigt mit ihrem Wahlprogramm eine ungerechte Verteilung der Krisenlasten und einen Angriff auf Arbeitnehmerrechte: Mitbestimmung und Kündigungsschutz sollen geschwächt und die sozialen Sicherungssysteme drastisch eingeschränkt werden. Zudem gibt die Herangehensweise der FDP in dieser Krise Anlass zur Sorge. Als Krisenursache diagnostiziert sie Staatsversagen. Der ungezügelter Markt und die Macht der Hedge-Fonds werden nicht in Frage gestellt. Aber gerade eine neue Regierung muss sich einer kritischen Analyse der Krise stellen und daraus Maßnahmen ableiten, anstatt zu den alten Paradigmen zurückzukehren.

Wie will sich die IG Metall gegenüber einer schwarz-gelben Politik positionieren?

Die IG Metall wird mit jeder demokratisch gewählten Regierung zusammenarbeiten. Das ist doch klar. Aber es gilt

auch: Wir werden mit eigener Kraft und eigenen Inhalten in die Debatte eingreifen und unseren Positionen mit Argumenten und Kampagnen Geltung verschaffen - wenn möglich kooperativ, wenn nötig im Konflikt.

In den vergangenen Monaten standen die Türen in Berlin für die Gewerkschaften weit offen. Schwindet Ihr Einfluss nun wieder?

Wir werden mit der neuen Regierung einen konstruktiven Dialog führen. Als Einheitsgewerkschaft suchen wir mit jeder demokratischen Regierung Kooperationsmöglichkeiten. Wir sind uns aber bewusst, dass diese Kooperation schwieriger wird.

Es war viel von Massenentlassungen nach der Wahl die Rede. Verlieren die Unternehmen nun ihre Hemmungen, auf Stellenabbau zu setzen statt auf Kurzarbeit?

Ich hoffe nicht. Sollte jedoch jetzt mit Massenentlassungen nach dem Wahlgang reagiert werden, dann wäre das eine politische Lumperei: Die Antwort der IG Metall erfolgt in einem solchen

Fall in den Betrieben.

Wie sieht es in einem Jahr auf dem deutschen Arbeitsmarkt aus?

Das kann niemand vorhersehen. Ich kann nur sagen, was heute zu tun ist: die Instrumente der Kurzarbeit weiter nutzen, eine echte Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt gestalten und die soziale Absicherung für diejenigen verbessern, die ihren Arbeitsplatz doch verlieren. Nicht die Beschäftigten sind die Verursacher der Krise. Deshalb darf ihnen auch nicht die Hauptlast der Krise aufgebürdet werden. Das weiß Frau Merkel, und ich hoffe, das wissen auch noch einige mehr in der Union.

Die Fragen stellte Henrike Roßbach.

Abbildung: Berthold Huber.

Abbildung: Foto Wolfgang Eilmes